

AUSGABE VOM 16. JANUAR 2021

## Luftschadstoffwerte auch in Köln deutlich gesunken

Die Luftbelastung mit Stickstoffdioxid ist in NRW im vergangenen Jahr erstmals an allen 55 automatischen Messstellen im Land im Jahresmittel unter den Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft gefallen, teilte NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser mit. 2019 gab es noch an sieben Messstellen Überschreitungen.

„Die Fördermaßnahmen des Bundes wirken“, freut sich Kölns CDU-MdB Karsten Möring. „Sogar bisherige Spitzenreiter wie der Clevische Ring haben den Grenzwert eingehalten. Wir sind auf einem guten Weg, das auch dauerhaft zu schaffen, selbst wenn die coronabedingte Verkehrsreduzierung wieder wegfallen wird.“

## Größte Impfkampagne in der Geschichte Deutschlands angelaufen

Bundesgesundheitsminister Spahn hat im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung zu den Corona-Impfungen abgegeben. „Wirklich besiegen können wir dieses Virus nur, wenn sehr, sehr viele bereit sind, sich impfen zu lassen“, erklärte er. Mehr als 750.000 Menschen sind inzwischen in Deutschland geimpft worden. Und die Zahl steigt täglich. Spahn betonte in der Debatte, nur wenn die Menschen impfbereit seien, könne man das Virus besiegen. Seit dem Beginn der Impfkampagne sehe man



„Impfaktion ist eine Gemeinschaftsaufgabe:“. Gesundheitsminister Jens Spahn bei der Regierungserklärung am Mittwoch im Bundestag. (Foto: Privat)

„Licht am Ende des Tunnels“. Obwohl Deutschland angesichts der noch immer hohen Infektions- und Todeszahlen in der schwersten Phase der Pandemie stecke, „erleben wir eine Zeit der Zuversicht“.

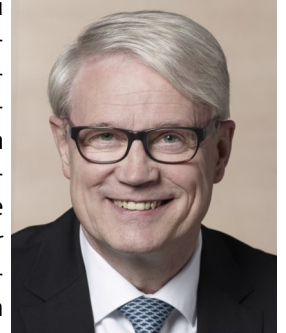
Der Impfstoff werde wegen der begrenzten Produktionskapazitäten auf absehbare Zeit noch ein knappes Gut bleiben. Der Grund seien also nicht fehlende Verträge. Spahn begegnete damit dem Vorwurf, die EU hätte nicht in ausreichendem Maße Impfstoff bestellt, als die Erforschung und Erprobung der Impfstoffkandidaten noch im Gange war. Wegen der absehbaren

Knappheit in den ersten Monaten hatte die Regierung auch eine Priorisierung beschlossen. Seit dem 27. Dezember werden zunächst ältere Menschen und die Beschäftigten im medizinischen Bereich geimpft. Dazu gehen mobile Impfteams in Alten- und Pflegeheime. Das ist relativ zeitaufwändig. Sobald jüngere Altersgruppen in den dafür aufgebauten Impfbauzentren geimpft werden können, wird die Zahl der Menschen mit Immunitätsschutz schnell erheblich ansteigen.

Kölns CDU-MdB Karsten Möring ruft die Beschäftigten im medizinischen und im pflegerischen Bereich in Köln eindringlich auf, sich impfen zu lassen. Das gebiete der Respekt vor den Menschen, die ihnen anvertraut seien. Bis zum Sommer könne dann allen Kölnerinnen und Kölnern ein Impfangebot gemacht werden. „Impfen bleibt freiwillig, aber das ist der Weg, sich zu schützen und auch die Voraussetzung für ein dauerhaftes Ende des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lockdowns“, so Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die Bilder zu den Ausschreitungen des gewalttätigen Pro-Trump-Mobs im US-Kapitol haben uns alle entsetzt. Vor diesem Hintergrund halte ich die Einleitung



eines erneuten Amtsenthebungsverfahrens gegen US-Präsident Trump durch das US-Repräsentantenhaus für richtig, auch wenn der Ausgang offen ist. Dahinter steht eine tiefe Spaltung in der amerikanischen Gesellschaft. Die neue Biden-Administration steht vor einer innenpolitischen Mammutaufgabe.

Das Thema Zusammenhalt in der Gesellschaft ist auch bei uns aktueller denn je. Wir als Union legen daher – nicht erst seit diesen Vorkommnissen – einen großen Schwerpunkt hierauf. Der CDU-Bundesparteitag steht am Wochenende an und wählt unter Corona-Bedingungen eine neue Führung und den neuen Parteivorsitzenden. Danach wird die ganze Partei gefordert sein, sich geschlossen und entschlossen auf die Bundestagswahl im Herbst vorzubereiten.

Die Menschen auch in Köln erwarten, dass wir bis zum letzten Tag der Wahlperiode in Berlin ordentliche Sachpolitik machen, ohne schon mit dem Wahlkampf anzufangen. Das ist für mich wichtig, dafür bin ich gewählt. Vor allem muss die Bewältigung der Pandemie absoluten Vorrang haben. Ich konzentriere mich daher weiterhin darauf, Lösungen für die praktischen Probleme der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln und diese auch umzusetzen.

Blieben Sie gesund und behütet!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Entlastung für Eltern mit Kindern im Lockdown

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag wegen der Corona-Pandemie eine befristete Regelung zum Kinderkrankengeld beschlossen. Um das erst am Dienstag vom Bundeskabinett beschlossene Gesetz rasch durch das Parlament zu bekommen, wurde es zur Abstimmung an das Gesetz zum digitalen Wettbewerbsrecht angehängt. Mit der auf das Jahr 2021 beschränkten Regelung erhalten gesetzlich Krankenversicherte das Kinderkrankengeld pro Kind längstens für 20 Tage, Alleinerziehende für 40 Tage.

Dieser Anspruch gilt auch in den Fällen, in denen eine Kinderbetreuung zu Hause erforderlich wird, weil die Schule, die Kita oder die Behinderteneinrichtung geschlossen ist bzw. für die Klasse oder Gruppe pandemiebedingt ein Betretungsverbot ausgesprochen wurde oder die Präsenzplicht im Unterricht ausgesetzt ist. Auch wenn ein Kind auf Grund der Empfehlung von behördlicher Seite die Einrichtung nicht besuchen konnte, gilt die Regelung. In diesen Fällen beträgt das Krankengeld 90 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts der Versicherten. Der Anspruch besteht unabhängig davon, ob die Arbeit nicht grundsätzlich auch im Homeoffice geleistet werden könnte.

CDU-MdB Karsten Möring: „Eine gute Lösung für unsere Familien! Mit der Ausweitung der Kinderkrankentage setzen wir auch für Kölner Eltern, die ihre Kinder in diesen schwierigen Zeiten zu Hause betreuen, ein wichtiges Signal. Wir greifen den Eltern mit dem Kinderkrankengeld nicht nur finanziell unter die Arme, wir entlasten sie auch von der schwierigen Herausforderung, Homeoffice, Homeschooling und Betreuung von kleineren Kindern unter einen Hut bekommen zu müssen.“

## Kinderrechte im Grundgesetz – Elternrechte gewahrt

Die große Koalition hat sich auf eine Regelung zur Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz verständigt. Im Koalitionsvertrag 2018 wurde das vereinbart. Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben sich Union und SPD nun auf eine Formulierung verständigt, mit der die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz möglich wird.

Kölns CDU-MdB Karsten Möring: „Wir machen Kinderrechte im Grundgesetz sichtbar und verankern das Kindeswohl dort ausdrücklich. Als CDU/CSU sorgen wir aber auch dafür, dass gleichzeitig die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder gewahrt bleibt. Mit der jetzt erzielten Einigung beenden wir eine jahrzehntelange Debatte. Um die Rechte der Eltern ganz klar zu benennen, haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür gesorgt, dass in einem abschließenden Satz der Vorrang des Elternrechts vor staatlichen Befugnissen nochmals aus-

## 100 Millionen- Euro-Programm für Inklusionsbetriebe

Gute Nachrichten für Einrichtungen der Behindertenhilfe, Sozialkaufhäuser und gemeinnützige Sozialunternehmen. Gerade sie waren in den vergangenen Monaten von den Folgen der Corona-Pandemie besonders betroffen. Bundesweit rund 900 Inklusionsbetriebe, in denen Menschen mit Schwerbehinderung arbeiten, hatten und haben mit Schließungen und Umsatzausfällen zu kämpfen. Im vergangenen Jahr hat sich die Unions-Fraktion erfolgreich dafür stark gemacht, dass Sozial-



So sieht der Corona-Alltag in der Parlamentsarbeit aus. Kölns CDU-MdB Karsten Möring bei einer virtuellen Sitzung während der Sitzungswoche in seinem Berliner Büro. (Foto: Privat)

unternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe Zugang zu Rettungsmaßnahmen wie KfW-Sonderprogrammen und Überbrückungshilfen erhalten. Zuletzt haben wir erreicht, dass die November- und Dezemberhilfen für Unternehmen auch auf Inklusionsbetriebe zugeschnitten werden. Gerade zu Beginn der Krise konnten viele Sozialunternehmen nur eingeschränkt oder gar nicht von diesen Corona-Hilfen profitieren.

Der Bundestag hatte im Juni 2020 beschlossen, für die genannten Institutionen 100 Millionen Euro bereit zu stellen. Dazu hat die Bundesregierung nun eine Förderrichtlinie erlassen. Seit dem 1.1.2021 kann die Hilfe beim jeweiligen Integrationsamt (für NRW z.B. in [Köln](#)) für den Zeitraum September 2020 bis März 2021 beantragt werden. Alle Informationen und Antragsunterlagen gibt es [hier](#).

### Impressum:

Ausgabe Nr. 68 der 19. Wahlperiode

16. Januar 2021

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

